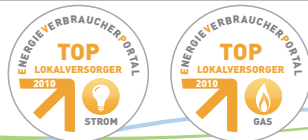


Anzeige

Stadtwerke Norden: TOP Lokalversorger 2010.
Mehr unter www.stadtwerke-norden.de



Vull Energie ut Nörden



Wie geht's weiter in Norddeich?

POLITIK Norder Rat gegen Übergangslösung für Juist-Anleger im Westbereich der Mole

Reederei und NPorts jetzt in der Verantwortung – schnelle Lösung wird angestrebt.

NORDEN/ALD – Die befristete Übergangslösung für den Reiseverkehr nach Juist auf der Westseite der Norddeicher Mole soll es nach der einstimmigen Entscheidung des Rates der Stadt Norden vom Donnerstagabend nicht geben (wir berichteten). „Wir müssen uns aber auf eine Lösung verständigen, wir sind in der Verantwortung, wir müssen sicherstellen, dass auch beim Juist-Verkehr niemand zu Schaden kommen kann“, gab Hans-Joachim Hübner die Marschrichtung für die Niederlassung Norden in der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts) vor, deren Leiter er ist.

„Keine gute Entscheidung“

„Das ist keine gute Entscheidung für den Hafen von Norddeich – bei allem Respekt für den Rat“, kommentierte Hübner gestern im Gespräch mit dem KURIER das Votum des Rates, das er als „politische Erklärung zum Vorhaben“ wertete. NPorts werde jetzt abwarten, was die Stadt mitzuteilen habe.

Trotzdem werde auf der Mole „das, was wir können“ schnellstens umgesetzt. Dies sei rechtlich auch abgesichert. Näheres konnte Hübner gestern noch nicht sagen. In Gesprächen mit der Reederei Norden-Frisia am Freitag und zu Beginn der kommenden Woche werde man sich auf eine Lösung verständigen.

NPorts und Frisia enttäuscht

Sowohl NPorts als auch Reederei seien allerdings enttäuscht über die Abstimmung des Rates. Die Pläne des Kompromisses seien mit allen Beteiligten abgestimmt gewesen. Polizei, Weser-Ems-Bus, Reederei und die Inseln hätten sie als die beste eingestuft. Bedauerlich sei, dass weder NPorts noch die Reederei die Pläne hätten vorstellen können. „Am Wochenende werden wir noch einmal in uns gehen. Unser Ziel lautet jetzt, bis zu den Osterferien eine praktikable Lösung zu finden, die aber eher suboptimal sein wird“, sagt Hübner voraus.

Die Straße auf der Mole, das konnte der NPorts-Chef allerdings doch schon mitteilen, werde jetzt nicht mehr verlegt. Und: „Wir müssen und können der Reederei zusätzliche Flächen zur Ver-

füngung stellen – und zwar im Westen.“

Diese Aussage lässt vermuten, dass NPorts verkehrsbehördliche Anordnungen erteilen wird, um so mehr Platz vor dem Juist-Anleger zu schaffen. Taxenplätze und/oder Tagesparkplätze könnten zum Beispiel verlegt oder ganz von der Westmole verschwinden.

Da Bürgermeisterin Barbara Schlag während der Ratssitzung gesagt habe, so Hübner, dass es weitere Verhandlungen mit NPorts und Frisia geben werde, erwarte er innerhalb der nächsten vier Wochen ein Gespräch. „Bei allem Verständnis für die städtebaulichen Anliegen, die derzeitigen Zustände im Juist-Bereich sind nicht tragbar – schon gar nicht während der Saison.“

Während NPorts für die Unterhaltung und den Betrieb des Hafens verantwortlich ist und laut Hübner keinen Antrag auf eine Ausnahme von der Veränderungssperre für eine Übergangslösung im Westhafen gestellt habe, um dort die Flächen für den Juist-Anleger vergrößern zu können, sieht die Stadt dies etwas anders.

Tatsächlich klaffen hier die Meinungen auseinander. Während die Stadt meint, es

müsse eine Ausnahme von der Sperre geben, ist NPorts der Meinung, dort auch Veränderungen ohne Ausnahme vornehmen zu können. „Wir haben da unterschiedliche Rechtsauffassungen“, sagte Hans-Joachim Hübner, der auf alle Fälle einen Rechtsstreit mit der Stadt vermeiden will.

Der Beschluss

Einstimmig abgestimmt wurde nun am Donnerstag unter Punkt 5: „Das Einvernehmen mit der von NPorts beantragten verkehrsbehördlichen Anordnung zur Umgestaltung der Verkehrsflächen auf der westlichen Molenhälfte im Hafen von Norddeich wird nicht hergestellt.“

Unter Punkt 7 wird die Reederei aufgefordert, den von ihr auf der Ostseite der Mole beplanten, beantragten und genehmigten Fährterminal für den Juist-Personenreiseverkehr zur Saison 2011 zu bauen und in Betrieb zu nehmen.

Die Verwaltung wurde vom Rat beauftragt, die gemeinsam mit den Inseln Juist, Baltrum und Norderney erarbeitete „Förderanfrage für eine kommunale Infrastruktur-Investition zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Tourismuswirtschaft – Bau des Parkhauses in Norddeich“ an die NBank und das Landeswirtschaftsministerium zu stellen.

Zum Schluss wird die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gebeten, die Umgehungsstraße ab dem 15. März bis zum Ankunfts-bereich im Osten der Mole auszuschildern.

Gestrichen

Ersatzlos gestrichen wurde übrigens im Beschlussvorschlag der Verwaltung neben der Erweiterung der Fläche vor dem einstigen Norderney-Anleger unter anderem auch die Anweisung, die Norddeicher Straße nach den Herbstferien von der Deichauffahrt zu schließen und hierüber nur noch Busse sowie den Fuß- und Radverkehr in Richtung Mole zuzulassen.

Bürgermeisterin in schwieriger Situation

RAT Schlag erklärt VA-Entscheidung

NORDEN/ALD – Eine Stunde vor der Ratssitzung am Donnerstagabend hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Norden den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt, in wesentlichen Punkten geändert und die neue Version einstimmig verabschiedet. Eine sichtlich angespannte Bürgermeisterin hatte nun die Aufgabe, dem Rat und der Öffentlichkeit diese Entscheidung mitzuteilen.

Barbara Schlag machte deutlich, dass die Verwaltung im Interesse des Verkehrs nach Juist eine befristete Übergangslösung angestrebt habe, in der unterschiedliche Gemengelagen, die in der Zusammenarbeit mit NPorts und der Reederei Norden-Frisia eine Rolle spielten, zu berücksichtigen gewesen seien. Man habe dabei an alle Befindlichkeiten denken müssen, die Ebene der Vernunft nicht verlassen dürfen und die rechtlichen Voraussetzungen wahren müssen.

Das Zusammenwirken von Reederei, NPorts und Stadt sei geprägt von großem Unverständnis, von Misstrauen, Unsicherheit, Ärger und Ohnmacht. Die Empfindlichkeiten hätten Ausdruck in der VA-Entscheidung gefunden. Die Zusammenarbeit gestalte sich seit Jahren schwierig, eine partnerschaftliche Arbeit sei nie möglich gewesen.

Während der Verhand-

lungen habe sie immer zwei große Gesichtspunkte verfolgt: den Konsens aller Parteien anzustreben und die Vernunft walten zu lassen – Letzteres vor allen Dingen vor dem Hintergrund des kommunalen Partners Juist. Auf keinen Fall könne sie gutheißen, dass die Stadt zum vermeintlichen Totengräber der Interessen Juists gemacht werde. Gerade das Anliegen der Juister sei Anlass gewesen, der Alternative „zeitliche Begrenzung“ zuzustimmen. Dennoch sei die Situation fatal, weil naheliege, dass die Politik dafür die Interessen Nordens opfern müsse. Schlag äußerte vor diesem Hintergrund Verständnis für jedes Ratsmitglied, das damit Probleme habe. Auch die rechtliche Seite wurde von der Bürgermeisterin beleuchtet: „Wir können nicht Willkür walten lassen“, und bei einer rechtlichen Überprüfung „müssen wir auch oben bleiben“ können.

Nach eigener Aussage befand sich die Bürgermeisterin in einer „schwierigen Situation“. Auf der einen Seite könne sie die Entscheidung des Rates, gegen den Verwaltungsvorschlag zu stimmen, gut verstehen. Und auf der anderen Seite: „Mein Mandat geht über das Ratsmandat hinaus. Ich muss mit Frisia, NPorts und Juist weiterverhandeln. Ich enthalte mich deshalb der Stimme.“

KOMMENTAR

Norddeich in den Sternen

VON THOMAS ALDICK

Der Norder Rat hat mit seiner Entscheidung für viel Wirbel gesorgt.

Noch im Verwaltungsausschuss hatten sich wenige Minuten vor der Ratssitzung vor allen Dingen Bürgermeisterin Schlag und Allianz-Sprecher Fuchs vor den Vorschlag der Verwaltung gestellt und versucht, die Politik auf Linie zu bringen. Vergeblich! Zu viele Allianzler nahmen als Zuhörer an der VA-Sitzung teil und äußerten ihren Unmut gegenüber der Reederei. Die Stimmung kippte.

Der VA-Beschluss soll dann tatsächlich einstimmig gewesen sein.

Wie es jetzt aber weitergeht in Norddeich, steht vorerst in den Sternen. Und das, obwohl die Zeit drängt. Die Osterurlauber stehen in den Startlöchern.

Auf der einen Seite will NPorts-Chef Hübner keinen Rechtsstreit mit der Stadt, und auf der anderen droht die mit einer sofortigen einstweiligen Verfügung, wenn NPorts anfängt, im Hafen etwas zu verändern.

Vielleicht wäre es ganz hilfreich, wenn tatsächlich die Gerichte einmal klären würden, welche Rechte die Stadt 2005 durch die Inkommunalisierung im Hafen erhalten hat – damit endlich klar ist, wer hier zu sagen hat und

wer nicht.

Und was macht die Reederei? Vorstand Carl-Ulfert Stegmann hat anscheinend in den letzten Jahren zu hoch gepokert und jetzt die Quitting serviert bekommen. Ob die dazu beitragen wird, dass er sein Ziel, den Westanleger auch in Zukunft für den Juist-Verkehr nutzen zu können, aufgeben wird, darf bezweifelt werden.

Wie wird Hannover reagieren, wenn die Reederei dort verständlich machen kann, dass eine ordnungsgemäße Abwicklung des Juist-Verkehrs im Ostbereich der Mole nicht mehr möglich ist – zum Beispiel weil dort Platz vorgehalten werden muss für den bereits bestehenden und zukünftigen Offshore-Betrieb.

Welche Möglichkeiten eröffnet das Bundesverwaltungsgericht dem anderen Unternehmen im Osthafen, das bekanntlich ebenfalls groß ins Offshore-Geschäft einsteigen will, wenn es Ende des Jahres entscheiden sollte, dass gerade dieses Unternehmen auch Stellplätze für Personenuagen im Osthafenbereich anbieten kann?

Die städtebauliche Zielplanung – mit Juist-Terminal und Parkhaus – wäre wieder einmal in weite Ferne gerückt.



Schiffsverbindungen nach Juist wird es auch in Zukunft geben – nur ist weiterhin nicht geklärt, wo die Schiffe ablegen sollen. ARCHIVFOTO: STROMANN

Aufruf für „gute Schulen“

NORDEN/MM – Der Norder Rat hat mit 19 zu 14 Stimmen eine Resolution verabschiedet, mit der das zurzeit laufende Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen unterstützt wird. Demnach sind die Norder Bürger dazu aufgerufen, das Volksbegehren nach den Vorschriften des Volksabstimmungsgesetzes zu unterschreiben. Der Antrag ist von der SPD gestellt worden. Deren sowie Fraktionsmitglieder der Grünen und einige ZoB-Vertreter stimmten dafür. CDU, FDP und andere ZoB-Ratsmitglieder waren dagegen.

Nach Darstellung von Hans Forster (SPD) seien die Ziele der Resolution, zum neunjährigen Bildungsweg bis zum Abitur zurückzukehren und die Gründung von Gesamtschulen dadurch zu erleichtern, dass für sie Mindestgröße definiert werde. Außerdem sollten die bestehenden Vollen Halbtagschulen erhalten werden.

Korrektur, um Ungerechtigkeit zu vermeiden

VERWALTUNG Linienführung des Sanierungsgebiets angepasst

NORDEN/ALD – Die Korrektur der Grenze des Sanierungsgebiets im Bereich der Großen Neustraße war erforderlich geworden, um eine Ungerechtigkeit zu vermeiden.

Diese Feststellung machte Erster Stadtrat Hans-Bernd Eilers zu Beginn der Ratssitzung am Donnerstagabend. Grund seiner Ausführungen war der KURIER-Beitrag vom letzten Dienstag „SPD wundert sich über die neue Grenze“.

Laut Eilers habe die SPD darin die Vermutung aufgestellt, dass die Verwaltung mit einer Änderung des Untersuchungsgebietes dem Vorsitzenden des Bauausschusses mit seinem Unternehmen in der Großen Neustraße steuerliche Vorteile verschaffen wolle.

Die Grenz-Änderung fürhte

zu zwei SPD-Fragen: Warum hat die Verwaltung die Änderung vorgeschlagen und welche Kriterien haben dabei eine Rolle gespielt?

Eilers führte aus, dass die Verwaltung dem Rat eine weitere Änderung des Untersuchungsgebietes vorgeschlagen habe, da sie einen Fehler in der Linienführung im Bereich der Großen Neustraße korrigiert habe. Auf die Frage des Ratscherrn und Unternehmers Matthias Fuchs, warum nach der alten Karte nur ein Teil der Großen Neustraße zum Untersuchungsgebiet gehöre und die Grenze mitten durch die Räume seines Geschäfts verlaufe, habe die Verwaltung die Linienführung überprüft.

Die Änderung habe sich aus der Erkenntnis ergeben, dass

die im Bereich der Großen Neustraße zuvor eingezeichnete Einbuchtung – sechs Hausgrundstücke auf beiden Seiten der Straße betreffend – nicht begründet sei.

Vielmehr sei die „buchartige Linienführung“ in diesem Bereich an die ansonsten gradlinig – parallel zur Uffenstraße/Heringstraße – gezogene Grenze des abgeschlossenen Sanierungsgebiets „Altstadt“ anzupassen. Diese Linienführung grenze das neue Untersuchungsgebiet vom Sanierungsgebiet „Altstadt“ ab.

„Diese Korrektur ist erforderlich, um eine Ungerechtigkeit zu vermeiden“, betonte Eilers. Der untere Teil der Häuser sei förderbar gewesen, der obere möglicherweise und der mittlere wäre außen vor geblieben.